

Bündnis für Theater

Der Rat für darstellende Künste hat sich in seiner Sitzung am 11. März 2003 ausgiebig mit dem im Rahmen des vom Bundespräsident Johannes Rau angeregten „Bündnis für Theater“ vorgelegten Zwischenbericht befasst. Seit mehreren Jahren beobachtet der Rat für darstellende Künste die sich aus der finanziellen Krise der öffentlichen Hand ergebenden Schwierigkeiten für die darstellenden Künste in der Bundesrepublik Deutschland. Kürzungen der öffentlichen Zuschüsse sind an der Tagesordnung. Große und kleine öffentlich getragene Bühnen sind davon ebenso betroffen wie viele freie Gruppen oder andere Theaterinitiativen verschiedener Art. Vor allem der Bereich Tanz hat in den vergangenen Jahren schwere Einbußen hinnehmen müssen. In einer Reihe von Betrieben wurde die Sparte Tanz abgeschafft. In anderen Betrieben steht sie vor erheblichen Einschnitten. Mehrere Theater überlegen, von einer eigenen Tanzsparte abzugehen und vor allem den Tanz zum Gegenstand gemeinsam getragener Einrichtungen zu machen.

Viele Betriebe versuchen, durch das besondere Engagement ihrer Mitarbeiter die finanziellen Einschnitte wett zu machen. Allein in den öffentlich getragenen Theaterbetrieben sind von 45.000 Arbeitsplätzen fast 6.000 abgebaut worden. Die Belastungen der Mitarbeiter haben dadurch erheblich zugenommen. Vor allem die freien Gruppen können in vielen Fällen ihren Betrieb nur noch durch eine Arbeitsbelastung der Mitarbeiter aufrecht erhalten, die an Selbstausschöpfung grenzt. Erstaunlich ist um so mehr, dass von politischer Seite dies stets als besonders beispielhaft herausgestellt wird, ohne die Frage zu stellen, welche Nachteile damit für viele Mitarbeiter, insbesondere für die darstellenden Künstler, verbunden sind.

Angesichts dessen erfährt es die große Unterstützung des Rates für darstellende Künste, dass auf Initiative des Bundespräsidenten das „Bündnis für Theater“ ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen dieses Bündnisses wäre es allerdings wichtig, auch den Stand der darstellenden Künste jenseits der öffentlich getragenen Theaterbetriebe stärker in die Erwägungen einzubeziehen. Zwar ist es verständlich, dass sich das „Bündnis für Theater“ besonders mit den öffentlich getragenen Theatern und Orchestern befasst, da gerade diese durch die hohen Kosten einerseits und die zurückgehende öffentliche Finanzierung andererseits besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Jedoch auch die freie Szene ist ein wichtiger Teil der deutschen Theaterlandschaft, der über die Sorgen der Stadt- und Staatstheater nicht in Vergessenheit geraten darf, zumal auch eben diese kleinen Betriebe in den letzten Jahren erhebliche Kürzungen ihrer öffentlichen Zuwendungen haben verkraften müssen.

Das Bündnis für Theater befasst sich mit einer Reihe von Fragen, die die innere Struktur der öffentlich getragenen Theater, also der Stadt- und Staatstheater sowie der Landesbühnen betreffen. Im Rat für darstellende Künste sind unterschiedliche Verbände vertreten, die zum Teil gegenläufige Interessen haben. Das gilt insbesondere für die Gewerkschaften einerseits und den Bühnenverein andererseits. Erfreulich findet es der Rat für darstellende Künste, dass diese Verbände und Organisationen mit ihren unterschiedlichen Interessen durch das „Bündnis für Theater“ einmal mehr an einen gemeinsamen Tisch gekommen sind. Dabei darf nicht in Vergessenheit geraten, wie sehr gerade die Tarifparteien in den letzten Jahren zur Konsolidierung der Situation der öffentlichen Theater und Orchester gemeinsam beigetragen haben. Gerade die Künstlergewerkschaften und der Bühnenverein haben zur Lösung der inneren Strukturprobleme der Theater eine Reihe von Lösungsvorschlägen umgesetzt, deren Realisierung vor Jahren noch in weiter Ferne schien. Wegen der Gegensätzlichkeit der Positionen in diesen Fragen möchte sich der Rat für darstellende Künste - wie es seiner langen Tradition entspricht - jedoch abgesehen von dieser grundsätzlichen Bemerkung im übrigen zum Thema „Innere Theaterstruktur“ zurückhalten.

Zu den unbedingten Forderungen des Rates für darstellende Künste gehört schon seit längerer Zeit die längst überfällige Gemeindefinanzierungsre-

form. Die Kommunen sind die wichtigsten Kulturträger in unserem Land. Sie muss man mit den Finanzmitteln ausstatten, die sie benötigen, um ein künstlerisch interessantes und vielseitiges Kulturprogramm den Bürgern der Städte anzubieten. Städte sind mehr als Einkaufszonen. Sie sind komplizierte Gemeinwesen, die eines Diskurses über die alle Bewohner der Stadt betreffenden Fragen bedürfen. Es sind die Kultureinrichtungen die diesen Diskurs in Gang halten. Städte, die nicht über das Geld verfügen, Kultureinrichtungen zu unterhalten, müssen auf Dauer inhaltlich verarmen.

Ebenso selbstverständlich wie die Notwendigkeit einer Gemeindefinanzierungsreform ist aus Sicht des Rates für darstellende Künste die Beteiligung von Umlandgemeinden an der Finanzierung von Kultureinrichtungen in kulturellen Zentren. Immer wieder wurde im Rat für darstellende Künste darauf hingewiesen, dass dieser Gedanke der Umlandfinanzierung im sächsischen Kulturraumgesetz auf positive Weise seinen Niederschlag gefunden hat. Aber nicht nur die Umlandfinanzierung ist ein Vorteil des sächsischen Kulturraumgesetzes. Vorteilhaft ist auch die Festschreibung der Kultur als Pflichtaufgabe der Kommunen. Dies führt zwar nicht direkt zu mehr Geld für die Kultureinrichtungen. Es wirkt aber der Argumentation entgegen, im Falle von finanziellen Schwierigkeiten müsse zunächst bei den freiwilligen Aufgaben, wozu dann fast immer die Kultur als erstes gehört, gespart werden. Und auch die Zweckbindung von Haushaltsmitteln für Kunst und Kultur ist ein wichtiger Faktor bei der finanziellen Grundausstattung kultureller Einrichtungen. Zu vermeiden ist durch eine solche Zweckbindung, dass einer Kommune mit Rücksicht auf die vielen Kultureinrichtungen, die sie unterhält, etwa von einem Bundesland Geld zur Verfügung gestellt wird, dieses aber dann von der Kommune für andere Zwecke ausgegeben wird. Bei alledem geht es nur um ein Ziel: Für die Kultureinrichtungen, also für Theater und Orchester, eine Planungssicherheit herzustellen, die jedoch nur Planungssicherheit ist, wenn in die öffentliche Finanzierung die notwendigen Kostensteigerungen – wie etwa Tarifierhöhungen - einbezogen werden.

Wichtig ist in der zukünftigen Theaterdebatte natürlich die Frage nach dem Publikum. Publikum ist für das Theater mehr als die Sicherung der Einnahmen. Nur ein Theater, was mit seinem künstlerischen Angebot sein Publikum findet, wird in der Lage sein, sich innerhalb einer Stadt zu be-

haupten. Dabei kann es natürlich nicht darum gehen, den Spielplan möglichst populär zu gestalten. An Beliebigen herrscht in dieser Gesellschaft kein Mangel. Theater müssen sich mit einem künstlerischen Profil behaupten. Das künstlerische Profil muss jedoch vom Publikum verstanden werden. Das Publikum muss für dieses Profil gewonnen werden. Zu bezweifeln ist, dass Theaterbetriebe in Zukunft dauerhaft überleben werden, wenn sie weniger als zehn Prozent Eigeneinnahmen haben. Der Blick auf das Publikum ist also sowohl ein politischer als auch ein finanzieller. Denn Theater wird nur für das Publikum veranstaltet. Ihm soll Gelegenheit gegeben werden, sich mit der Weltliteratur ebenso wie mit neuen Werken, aber auch mit neuen Sichtweisen von Regisseuren auseinanderzusetzen.

Gerade das wird nicht gelingen, wenn es an der ästhetischen Bildung fehlt. Der Rat für darstellende Künste hat im Jahre 2001 dazu eine Resolution verabschiedet. Diese liegt der Stellungnahme noch einmal an. In der Resolution wird gefordert, dass die ästhetische Bildung wieder stärker in den Mittelpunkt der Schulausbildung rückt. Gerade die Bildungsdebatte, die sich aus der Pisa-Studie entwickelt hat, hat deutlich gemacht, welche Rolle ästhetische Bildung in der Gesellschaft spielt. Theaterstücke und ihre Inszenierungen können eben nur verstanden werden, wenn sich die Zuschauer zuvor mit Fragen der Kunst in unterschiedlicher Weise befasst haben. Wer Musikentwicklung nicht kennt, wird ein zeitgenössisches Musikwerk ebenso wenig beurteilen können wie eine Oper von Wagner oder Mozart. Die ästhetische Bildung ist aus Sicht des Rates für darstellende Künste eine der zentralen Fragen der Bildungsdebatte.

Köln, im August 2003